

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 08 64

Inhalt

Albrecht Müller MdB zum
Richtungsstreit in der Union:
Geißler verdient Unterstüt-
zung.

Seite 1

Brigitte Adler MdB zu öko-
logischen Erfordernissen in
der Landwirtschaft: Den bio-
logischen Kreislauf nicht aus
dem Gleichgewicht bringen.

Seite 3

Dokumentation:

Egon Bahr stellte das neue
Buch des Bonner DDR-For-
schers Dr. Wilhelm Bruns
„Von der Deutschlandpoli-
tik zur DDR-Politik?“ vor.
Seine Ausführungen im
Wortlaut (Teil II und
Schluß).

Seite 5

44. Jahrgang / 23

1. Februar 1989

Geißler verdient Unterstützung

Die CDU vor dem Rechtsruck bewahren

Von Albrecht Müller MdB

Der Versuch des CDU-Generalsekretärs Geißler, seine Partei vor einem Rechtsruck zu bewahren, verdient Unterstützung - auch wenn die SPD von einem CDU-Rechtsruck eher gewinnen würde, weil für sie dadurch in der politischen Mitte neuer Platz entstünde. Geißlers Versuch ist auch aus unionsinternen Gründen vernünftig. Denn wenn die CDU/CSU beim Thema Asyl und Fremdenfeindlichkeit den Rechten nachliefe, würde sie damit die Rechten eher verstärken, statt sie zu verdrängen. Diese Vermutung stützt sich auf Erfahrungen, die man in allen früheren Wahlkämpfen machen konnte: Die Wähler wählen in solchen Fällen lieber das Original als den Abklatsch. Was den Wählern auch nicht zu verdenken ist; wenn etwa mit Gauweiler Schönhuber vertrieben werden soll, dann wählt die Mehrheit Schönhuber und nicht den Schönhuber-Verschnitt.

So lobenswert Geißlers Versuch also ist, zerstört er seine Glaubwürdigkeit gleichzeitig wieder mit seinen alten Sprüchen gegen „die Chaoten und Gewaltbefürwortenden“ der Alternativen Liste und mit seiner Polemik gegen eine von immerhin nur zwei

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 62,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Kreuzträger Leistung
mit maximalen Rabatten
Regulärer Preis



Möglichkeiten der politischen Arbeit in Berlin: die Zusammenarbeit von SPD und AL. Mit solchen Sprüchen, noch dazu mit Anspielungen auf die Weimarer Republik gewürzt, unterscheidet sich der CDU-Generalsekretär nicht von den Stellungnahmen der Waigels, Todenhöfers, Hubers und Czajas.

Im übrigen tut die CDU gut daran, andere Lehren aus Weimar ernst zu nehmen. Wie am Ende der ersten deutschen Republik ist der Wahlerfolg der Rechten in Berlin auch eine Antwort auf die wirtschaftliche Not vieler Menschen. Die CDU-FDP-Hehelei hat diese Not verstärkt, mit der Krankenkosten-„reform“ und anderen Maßnahmen, anstatt diesen Menschen zu helfen. Obendrein hat sie die in wirtschaftlicher Not Geratene auch noch verhöhnt mit Silvester- und Jahreswendensprüchen wie „Es geht uns gut“ und „Jedermann, der das nicht anerkennt oder Kritik anmeldet, ist ein Pessimist“.

Die Tatsache, daß es vielen Menschen schlecht geht, ist die tiefere Ursache auch ihres politischen Protestes bei den Berliner Wahlen. Diese Tatsache darf nicht kaschiert werden, sondern muß den Anlaß bieten, mit aller Kraft auf eine soziale Politik hin umzusteuern.

(-/1.2.1989/rs/ks)

* * *

Für eine umweltverträgliche Landwirtschaft

Der biologische Kreislauf darf nicht weiter aus dem Gleichgewicht gebracht werden

Von Brigitte Adler MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Jeder betont, daß er/sie sich für den bäuerlichen Familienbetrieb einsetzt. Die Beteuerung höre ich wohl, doch es fehlt mir der Glaube. Die Politik der letzten Jahre, ja Jahrzehnte hat Fakten geschaffen für die alle verantwortlich sind, die nicht „Halt“ gerufen haben.

HALT: gegen den Konzentrationsprozeß in der Landwirtschaft;

HALT: gegen die immer intensivere Nutzung des Bodens mit allen seinen Folgen für das Grundwasser;

HALT: gegen die zunehmende Ausbringung von Pflanzenschutzmitteln mit allen Folgeproblemen;

HALT: gegen den Einsatz von Tierarzneimitteln, unter anderem in der Mast und zur Prophylaxe.

Stillgehalten haben viele. Dies muß für Sozialdemokraten vorbei sein. Überall dort, wo sie Verantwortung tragen, müssen sie sich für eine Politik der Vernunft einsetzen. Der biologische Kreislauf darf nicht weiter aus dem Gleichgewicht gebracht werden, schon gar nicht um kurzfristiger ökonomischer und politischer Ziele willen.

Leider gibt es ein paar Fakten, die eine strukturelle Veränderung auf dem Land in den nächsten Jahren unausweichlich werden lassen. Aber die Schuldigen sind nicht die Bauern alleine. Funktionäre in den berufsständigen Organisationen haben durch ihre Forderungen vieles mit herbeigeführt. Solange das Geld aus Brüssel sprudelte, begehrte man nicht auf, obwohl abzusehen war, was nun fast unausweichlich auf uns zukommt, wenn wir nicht den Mut haben gegenzusteuern.

Das heißt nicht, daß bestehende Strukturen konserviert werden sollen. Weiterentwicklung und Dynamik wird immer gegeben sein. So läßt sich auch keine Ha-Zahl nennen, von der an ein Betrieb lebensfähig ist. Es lassen sich aber Zahlen nennen, von denen an Tierhaltung quälerisch

und Bodennutzung zerstörerisch wird. Wir müssen mit den Betroffenen gemeinsam die „Grenzen“ erörtern und sie überzeugen. Selbst die EG-Kommission hat begriffen, daß schärfere Umweltauflagen für die Landwirtschaft nötig sind. Warum zögern wir?

Die Wettbewerbsverzerrung zwischen dem Norden und dem Süden in der Bundesrepublik und innerhalb der EG könnten gemildert werden, wenn wir klare Bestandsobergrenzen festlegen. Der Einsatz von Stickstoff muß begrenzt werden, die Pflanzenschutzmittel müssen naturverträglich und abbaubar sein.

Biotechnologie und Gentechnologie der Landwirtschaft hat sich an den Interessen der Menschen und der Tiere zu orientieren und nicht einseitig an ökonomischen Interessen einiger weniger auszurichten. So sollte endlich eine Getreideart für unser Klima auf den Markt kommen und nicht Saatgut aus trockenen Regionen, das chemische Stoffe zur Behandlung von Pilzen geradezu herausfordert.

Wir dürfen die Landwirte bei dem Umsteuerungsprozeß nicht alleine lassen. Gelder, die bislang zur Vernichtung oder zur Vermeidung von Produktion (zum Beispiel Flächenstilllegung) ausgegeben werden, sollten sinnvoll den Umstrukturierungsprozeß unterstützen. Die konventionelle Methode muß durch eine umweltverträgliche Produktionsweise abgelöst werden. Und zwar heute. Die Bauern haben das längst begriffen! Die Landwirtschaftsverwaltung leider noch nicht, sie hinkt der Entwicklung wieder hinterher, und somit auch ihre Beratung. Die Glaubwürdigkeitslücke, die sich auf tut, schadet erneut der Politik.

Unser Wissen über die Vernetzung allen Lebens wird unser Handeln immer stärker bestimmen. Setzen wir uns an die Spitze der Bewegung. Die Arbeitsgruppe Landwirtschaft hat mit den Anträgen „Aktionsprogramm zur Bekämpfung des Mißbrauchs von Hormonen der Tiermast“ und „artgerechte und umweltverträgliche Nutztierhaltung“ den Weg beschritten, um diesen Prozeß einzuleiten.

Wir sollten in diesem Sinne weiterarbeiten. Eine umweltverträgliche und damit auch verbraucherfreundliche Produktionsweise wird eine bäuerliche Landwirtschaft begünstigen. Unser Bekenntnis zur EG muß nicht darunter leiden, es muß auch dort Überzeugungsarbeit geleistet werden. Einen potentiellen Partner könnten wir in der EG-Kommission gewinnen.

Nutzen wir dies!

(-/1.2. 1989/vo-be/rs)

DOKUMENTATION**Egon Bahr: Nicht träumen, sondern weiter das Mögliche tun**

(Teil II und Schluß)

Egon Bahr stellte am Montag in Bonn das neue Buch des Bonner DDR-Forschers Dr. Wilhelm Bruns, Abteilungsleiter in der Friedrich-Ebert-Stiftung, „Von der Deutschlandpolitik zur DDR-Politik?“ vor. Er machte dabei Ausführungen, die wir im Wortlaut dokumentieren.

Verlockend und versöhnlich bietet Wilhelm Bruns an, wir sollten die Präambel des Grundgesetzes im Lichte der heutigen Zeit neu interpretieren, nämlich das dort formulierte Einheitswahrungsgesetz nicht auf den Staat, sondern auf die Nation zu beziehen. Das wird heute wenig Freunde finden. In Karlsruhe sicher nicht. Aber es könnte durchaus sein, daß sich selbst Karlsruhe in einigen Jahren daran erinnert und dieser versöhnlichen Empfehlung folgt.

Begeben wir uns auf den Weg der Wirklichkeit, also der Notwendigkeit der Normalisierung wie sie der Grundlagenvertrag vorgezeichnet hat. Folgen wir also „dem Königsweg“, den Bruns darin sieht, „das Grundsätzliche auszuklammern und unterhalb dessen den beiderseitigen Vorteil zu suchen“.

Wir werden in diesem Jahr vierzig Jahre NATO und vierzig Jahre Teilung und vierzig Jahre Grundgesetz feiern oder begehen; keine Angst, ich will nichts davon abschaffen; ich weiß, was wir der Stabilität in Europa schulden. Wer die Einheit ernsthaft wollte, müßte die NATO zur Disposition stellen; wer Stabilität in Europa will, braucht beide Bündnisse. Wer über vierzig Jahre Grundgesetz nachdenkt, wird feststellen, daß gerade die offene deutsche Frage, dazu geführt hat, daß man dieses Ding nicht Verfassung sondern provisorisch Grundgesetz genannt hat, insoweit nie in Kraft getreten ist: Die Vorbehaltsrechte der Drei Mächte in Bezug auf Deutschland als Ganzes und Berlin blieben unangetastet; aber als vorzügliche Verfassung im vollen Sinn für die Bundesrepublik Deutschland hat sich das Dokument dagegen unbezweifelbar bewährt.

Und wenn man daran gehen sollte, die Reste der Besatzungsmentalität zu beseitigen, wie es der designierte neue amerikanische Botschafter vielversprechend als Ziel seiner Tätigkeit in Bonn formuliert hat, dann wird an den Vorbehaltsrechten, also an den suspendierten Artikeln des Grundgesetzes sicher nichts geändert. Aber die Verfügung über unseren Luftraum könnte man uns doch langsam zurückgeben. Ein deutsch-deutsches Luftverkehrsabkommen ist fällig. Und im Prinzip wäre es sicher richtig, was die Truppenstationierung angeht, alle Vorschriften zu beseitigen, die nicht denen entsprechen, die es für andere Länder des Bündnisses gibt. Die legalisierte Spionage zu beenden, wie sie in den Militärmissionen der Vier Mächte in beiden deutschen Staaten als Relikt aus jener Zeit übriggeblieben sind, in der die Vier Mächte sich vorgenommen hatten, deutsche Remilitarisierung wirksam zu unterbinden, wäre eigentlich überfällig. Natürlich ist zuzugeben, daß die drei westlichen Missionen vorzüglich dazu geeignet sind, die einseitige Reduzierung der sowjetischen Streitkräfte und der Nationalen Volksarmee wirksam zu kontrollieren; aber das könnte auf modernere Art durch die ohnehin notwendige Schaffung gesamteuropäischer vertrauensbildender Maßnahmen und entsprechender Kontrollorgane mehr als ausreichend ersetzt werden.

Und da wir gerade bei Gedenktagen sind: Wenn sich am 1. September der Beginn des Zweiten Weltkrieges zum fünfzigsten Male jährt, dann mögen die Historiker darüber streiten, ob die Entscheidung dazu in der Wilhelm-Straße oder im Berchtesgadener Land gefällt worden ist; in Bonn jedenfalls nicht. Das kann natürlich nicht bedeuten, daß wir der DDR oder dem Freistaat Bayern eine Art von Alleinvertretungsanspruch für den Beginn des Zweiten Weltkrieges zuschieben dürften. Aber noch mehr als das schon, übrigens in durchaus würdiger Form, bei der Erinnerung an den 9. November vergangenen Jahres der Fall gewesen ist, wird hoffentlich in beiden Hauptstädten der beiden deutschen Staaten darüber nachgedacht, ob hier nicht ein Stück gemeinsamer Vergangenheit und Last in einer Form zu erinnern wäre, die sich nicht im Wettstreit erschöpft, wer die angemessenere Veranstaltung zustande bringt.

Zurück zum Königsweg. Wer den Weg zur Normalisierung will, darf nicht am Rahmen rütteln, er muß also verlässlich sein, er darf den anderen nicht übervorteilen wollen, sondern muß den Weg zu

dauerhafter Partnerschaft suchen. Bruns formuliert: „Wir brauchen eine kontinuierliche, berechenbare und vertragskonforme deutsch-deutsche Politik, die den abgesteckten Rahmen weiter entwickelt und den jeweils anderen nicht überfordert.“ „Die heutige Bundesregierung folgt der Kontinuität ihrer Vorgänger sehr verantwortungsbewußt mit erkennbarem Interesse auch an der Stabilität des Partners.“

Der Rahmen, in dem sich die Möglichkeiten deutsch-deutscher Politik bewegen können, sind klar durch den Grundlagenvertrag abgesteckt. Grundsätzlich Neues ist da weder zu lernen noch zu vereinbaren.

Aber noch ist nicht alles ausgefüllt, was der Rahmen bietet. Wir haben nicht zufällig, sondern sehr bewußt einen operativen Artikel als Verpflichtung beider Regierungen in den Vertrag aufgenommen, der sich mit Fragen der europäischen Sicherheit befaßt. Das ist lange nicht benutzt worden. Und in letzter Zeit haben wenigstens Konsultationen stattgefunden. Die Bundesregierung hat zuweilen daran gezweifelt, ob die DDR-Führung einen sicherheitspolitischen Handlungsspielraum hat. Wer das ausloten würde, würde zeigen müssen, wie groß der sicherheitspolitische Handlungsspielraum der Bundesregierung ist, wie Bruns mit Recht bemerkt.

Ich habe jedenfalls in meinen Gesprächen mit Hermann Axen mehrfach erfahren, daß unterhalb der unbezweifelbaren Loyalität der DDR als Bündnismitglied des Warschauer Vertrages ein beträchtlicher Handlungsspielraum besteht, jedenfalls die Fähigkeit, eigene Interessen zu formulieren und im eigenen Bündnis einzubringen. Ich vermute nicht, ich weiß, daß die DDR zu ihren einseitigen Abrüstungsentscheidungen nicht gedrängt werden mußte. Hier ist ein ungenutzter Raum, ungenutzt im Interesse der Deutschen, ungenutzt aber auch im Interesse der Europäischen Sicherheit, das heißt, auch des Westens. Die Bundesregierung hätte manche Vorlage, die ihr SPD und SED gegeben haben, aufgreifen und zu einem sicheren Tor wandeln können.

Die Begegnung der beiden Verteidigungsminister ist fällig. Nicht nur, weil wir das Geschäft dem amerikanischen und sowjetischen Verteidigungsminister nicht allein anvertrauen wollten, sondern weil die beiden Deutschen, wohl zusammen mit ihrem Kollegen aus Prag, natürlich besser in der Lage sind, zu erkennen, zu definieren und Vorschläge zu machen, wie man im Zentrum Europas zu dem Ziel der stabilen Sicherheit auf geringem Niveau bis hin zur strukturellen Angriffsunfähigkeit kommt. Natürlich nicht isoliert, sondern als Teil dessen, was beginnend vom März dieses Jahres an in Wien verhandelt wird. Wo am meisten ist, muß auch am meisten weg. Wir sollten es zu einer Chance machen im Interesse Europas, aber auch im Interesse der Deutschen, daß es auf beiden Seiten, in beiden Bündnissen, verlässliche Partner gibt, die keine Sprachschwierigkeiten haben, sich genug kennen, im Bösen wie im Guten, und ihre jeweiligen Verbündeten gut kennen. Die Chance darf nicht vorüber gehen. Die Zeit drängt. Nicht nur wegen der Entwicklung von Waffen, sondern auch wegen der Entwicklungen, die in Ost-Europa vor sich gehen und in West-Europa vor sich gehen. Das Tempo nimmt zu. Die deutschen Möglichkeiten dürfen nicht hinterherhinken. Schuld kann auch durch Unterlassung entstehen.

„Ob es notwendig ist, eine deutsch-deutsche Sicherheitskommission zu bilden, wird man sehen müssen“, formuliert Bruns sachlich, trocken analysierend, eigentlich sensationell, jedenfalls für mich. Warum eigentlich nicht?

Niemand braucht Angst zu haben: Solche Gespräche können nur stattfinden, weil die Einheit nicht zur Debatte steht. Aber sie wären sinnvoll, weil parallel zu den Entwicklungen im Osten wie im Westen die Sicherheit für ganz Europa auf der Tagesordnung steht. Sicherheit für ganz Europa: Welche beiden anderen Staaten könnte es geben, die daran ein vitaleres Interesse haben, als die Deutschen? Das sind die Chancen, die man in der Teilung suchen kann. Im Europäischen Haus werden beide Staaten wohnen.

Nicht träumen, sondern weiter das Mögliche tun, ist in meinen Worten die Quintessenz des Buches. Die Frage, die es in seinem Titel stellt, beantworte ich: mit ja; DDR-Politik ohne Wenn und Aber wäre die beste Deutschland-Politik. Das alles ist natürlich viel besser begründet, dokumentiert, analysiert, nachgewiesen, als ich es hier kann. Aber wer an meiner Einschätzung zweifelt, soll es nachlesen.

(-/1.2.1989/vo-he/rs)

* * *